

Zusammenfassung

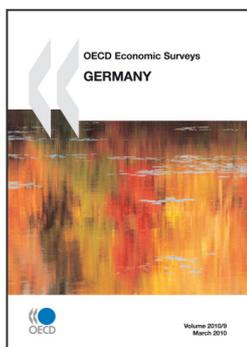
Die deutsche Wirtschaft erholt sich von einer schweren Rezession, zu der es in der Folge des Zusammenbruchs des Welthandels gekommen war. Da die vor der Krise beobachteten Produktionsniveaus wohl erst auf mittlere Sicht wieder erreicht sein werden, dürften die Arbeitslosigkeit und das Haushaltsdefizit weiter steigen. Die Krise hat deutlich gemacht, wie stark die deutsche Wirtschaft von internationalen Entwicklungen abhängig ist, und ließ einige strukturelle Schwachstellen zu Tage treten. In diesem Umfeld bestehen die wichtigsten Herausforderungen darin, eine nachhaltige Erholung zu sichern und Deutschlands Wachstumspotenzial zu steigern.

Arbeitsmarktpolitik anpassen. Die Arbeitslosigkeit ist während des Abschwungs kaum gestiegen, weil die Unternehmen erhebliche Arbeitszeitverkürzungen vorgenommen haben, anstatt Mitarbeiter zu entlassen. Dies ist in erster Linie das Resultat einer erhöhten Flexibilität auf Unternehmensebene, früherer Arbeitsmarktreformen sowie der staatlich geförderten Kurzarbeit. In der kommenden Zeit muss sich die Arbeitsmarktpolitik für einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote wappnen, insbesondere durch Sicherung ausreichender Kapazitäten zur Arbeitsberatung sowie durch eine Reform der Verwaltung der Grundeinkommenssicherung für Arbeitsuchende. Die Krise hat gezeigt, dass das Risiko der Entstehung eines zweigeteilten Arbeitsmarkts besteht. Um dies zu vermeiden und den Strukturwandel zu erleichtern, sollte eine Lockerung des strengen Beschäftigungsschutzes für fest angestellte Arbeitskräfte in Erwägung gezogen werden, sobald sich die Wirtschaft wieder erholt hat.

Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen wiederherstellen. Der Konjunkturabschwung hat zur Folge, dass das Haushaltsdefizit auf Grund des Wirksamwerdens der automatischen Stabilisatoren sowie der Konjunkturpakete weiter stark zunimmt. Eine neue Haushaltsregel dürfte die Wiederherstellung der Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf mittlere Sicht unterstützen, einige Umsetzungsfragen sind jedoch kompliziert und müssen sorgfältig beobachtet werden. Zur Einhaltung der neuen Regel bedarf es einer Kombination aus Ausgabenkürzungen und einnahmenerhöhenden Maßnahmen. Dabei sollten Ausgabenkürzungen Vorrang haben, weil sie wahrscheinlich weniger schädlich für das Wirtschaftswachstum sind als Steuererhöhungen. Insoweit eine Erhöhung der Steuereinnahmen angestrebt wird, sollte dies vorzugsweise über den Abbau von Steuervergünstigungen geschehen. Zur Verbesserung der Steuerstruktur sollte die Bundesregierung in Erwägung ziehen, die Steuerlast von stark verzerrend wirkenden Steuern und Abgaben auf die Wirtschaftstätigkeit hin zu Steuern zu verlagern, die weniger negative Auswirkungen auf das Wirtschaftswachstum haben, namentlich Immobilien- und Verbrauchsteuern. Der Koalitionsvertrag bekräftigt zwar die Notwendigkeit einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik, enthält aber zugleich Vorschläge für Ausgaben-erhöhungen und Steuersenkungen, für die der erforderliche fiskalische Spielraum erst noch gefunden werden muss. Daher ist es wichtig, dass die Bundesregierung in Bälde einen präzisen Plan darüber vorlegt, wie sie die neue Haushaltsregel einzuhalten gedenkt.

Stabilität des Bankensektors sichern. Nach erheblichen staatlichen Interventionen hat sich die Situation im Bankensektor stabilisiert. Die zuständigen Behörden sollten jedoch weiter eine aktive Rolle spielen, indem sie die Kapitaladäquanz genau überwachen, u.a. durch die Durchführung von Stresstests, und die Stützungsinstrumente beibehalten, um Banken, die nicht in der Lage sind, Kapital aus privaten Quellen aufzunehmen, nötigenfalls in letzter Instanz öffentliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Zu den Prioritäten gehört die Reform der Landesbanken, allerdings sollte auch eine Öffnung des Sparkassensektors für private Kapitalbeteiligungen in Betracht gezogen werden. Weitere notwendige Reformen sind die Umsetzung der geplanten Zusammenführung der Aufsicht bei der Bundesbank, die Ausdehnung des Aktionsradius der Aufsicht, damit diese über die Überwachung quantitativer Anforderungen hinausgehen kann, die Untersuchung der Möglichkeit der Einführung einer verbindlichen Verschuldungsobergrenze (Leverage Ratio) und die Einrichtung eines Rahmens für die Sanierung und Liquidation systemrelevanter Banken.

Wachstum über die Exportwirtschaft hinaus ausdehnen. Die deutsche Exportwirtschaft hat von starken Wettbewerbskräften profitiert, die die Innovationstätigkeit, eine effiziente Ressourcenallokation und kräftige Investitionen begünstigt haben. Dadurch war es ihr möglich, Beschäftigungschancen zu wahren und zu schaffen. Mit Blick auf die Zukunft besteht die Herausforderung darin, eine dauerhaft hohe Leistung des Exportsektors zu gewährleisten und dessen gute Ergebnisse auf die anderen Wirtschaftssektoren auszudehnen. Obwohl bereits zahlreiche Reformen eingeleitet wurden, muss noch mehr geschehen, um das Wachstumspotenzial in Sektoren zu steigern, die die Binnennachfrage bedienen. Insbesondere gilt es, den Politikrahmen dahingehend umzugestalten, dass er Innovationen und Strukturwandel stärker fördert. Die Produktmarktregulierung muss gelockert werden, um den Wettbewerb zu stärken; die Rahmenbedingungen für die Innovationstätigkeit müssen verbessert werden, um ein kontinuierlich hohes Niveau und eine breitere sektorale Ausdehnung der FuE-Ausgaben zu gewährleisten; die eingeleitete Reform des Bildungssystems sollte fortgesetzt werden, damit ein größeres Angebot an hochqualifizierten und flexiblen Arbeitskräften bereitgestellt werden kann, und die Zuwanderungspolitik muss so ausgestaltet werden, dass sie den Zuzug hochqualifizierter Kräfte stärker begünstigt, um der Entstehung von Fachkräftemangel vorzubeugen.



From:
OECD Economic Surveys: Germany 2010

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2010-en

Please cite this chapter as:

OECD (2010), "Zusammenfassung", in *OECD Economic Surveys: Germany 2010*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_surveys-deu-2010-2-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.